

Maas plant neue US-Strategie

Eigenes Zahlungssystem für Europa – Merkel äußert sich zurückhaltend – Juristischer Druck auf Trump steigt

Von Daniel Bräuer und Tobias Schmidt

Heidelberg/Berlin/Washington. Außenminister Heiko Maas (SPD) will der Außenpolitik von Donald Trump eine neue deutsche USA-Strategie entgegensetzen. „Es ist höchste Zeit, unsere Partnerschaft neu zu vermessen“, schrieb Maas in einem Beitrag für das „Handelsblatt“. Veränderungen in der US-Politik hätten schon vor Trump begonnen und würden seine Amtszeit „absehbar überdauern“, so Maas. Es sei keine Option, „diese Präsidentschaft einfach auszusitzen“.

Konkret fordert Maas, von den USA unabhängige europäische Zahlungssysteme und einen eigenen Währungsfonds für Finanzhilfen zu schaffen. Zudem for-

dert er eine Digitalsteuer auf die Gewinne amerikanischer Internetkonzerne.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) betonte, Maas' Vorstoß sei kein in der Regierung abgestimmtes Konzept.

Auch der Heidelberger Amerika-Experte Martin Thunert machte Zweifel geltend. „Überlegungen für ein europäisches Zahlungssystem gibt es seit zwanzig Jahren“, sagte er im Gespräch mit der RNZ. Als Mittel gegen US-Sanktionen für deutsche Unternehmen im Streit um Geschäfte mit dem Iran komme es zu spät, so der Politologe vom Heidelberg Center for American Studies. Der Weg zu einer „balancierten Partnerschaft“, wie Maas sie fordert, sei weit. Gegen höhere Militärausgaben gebe es in Maas' eigener Par-

tei Widerstände, betonte Thunert. „Die Vorstellung, die Europäer könnten schon bald sicherheitspolitisch unabhängig von den USA werden, ist ein wenig naiv.“

Unterdessen bringen die Prozesse gegen zwei ehemalige Vertraute Trumps auch den Präsidenten in Schwierigkeiten. Trumps langjähriger Anwalt Michael Cohen bekannte sich in New York in mehreren Anklagepunkten schuldig und belastete dabei seinen Ex-Mandanten: Trump habe ihn im Wahlkampf 2016 zu illegalen Schweigegeldzahlungen angestiftet, so Cohen. Dabei geht es um Zahlungen an mutmaßliche Geliebte Trumps. Das Geld soll gezahlt worden sein, um Schaden vom damaligen Präsidentschaftskandidaten abzuhalten. Es wäre

damit ein Wahlkampfbeitrag, der strengen gesetzlichen Vorschriften unterliegt.

Parallel zu Cohens Anhörung in New York befand eine Jury in Alexandria bei Washington Trumps früheren Wahlkampfmanager Paul Manafort unter anderem wegen Steuerhinterziehung und Bankbetrugs für schuldig. Sowohl Manafort als auch Cohen müssen mit mehrjährigen Haftstrafen rechnen. Das Verfahren gegen Manafort war das erste, das sich im Zuge der Untersuchung von Sonderermittler Robert Mueller ergeben hat. Trump hat diese bislang stets als „Hexenjagd“ abgetan. Er betonte am Mittwoch, Manafort sei „so ein tapferer Mann“. Dagegen warf er Cohen vor, er sei vor der Justiz „eingeknickt“. > S. 2 / Politik S. 16

„Ein sehr schlechter Tag für Trump“

Heidelberger Amerika-Experte Thunert über die juristischen Probleme des US-Präsidenten – Zweifel an der neuen Berliner US-Strategie

Von Tobias Schmidt, RNZ Berlin

Heidelberg/Berlin. Der Politologe Martin Thunert ist Dozent am Heidelberg Center for American Studies.

> **Herr Thunert, der langjährige Anwalt von Donald Trump wirft dem US-Präsidenten vor, Schweigegeld an Frauen bezahlt zu haben. Wie stark bringt das Trump in Bedrängnis?**

Das war ein sehr schlechter Tag für Donald Trump. Die Aussagen von Michael Cohen sind juristischer und politischer Sprengstoff. Cohen sagt, Trump habe die Schweigegeldzahlungen veranlasst. Das wäre ein Verstoß gegen das US-Wahlkampffinanzierungsgesetz. Denn dahinter steckte der Versuch, seine Affären aus dem Wahlkampf herauszuhalten.

> **Könnten die Vorwürfe Trump am Ende gar das Amt kosten?**

Für Trump besteht jetzt das veritable Risiko, dass die Demokraten im Januar oder Februar ein Amtsenthebungsverfahren auf den Weg bringen. Wenn sie bei den Zwischenwahlen im Herbst die Mehrheit im Repräsentantenhaus zurückerobert, was durchaus möglich ist, werden sie sich diese Chance kaum entgehen lassen. Das wäre für Trump natürlich eine immense Bürde bei Versuch, für eine zweite Amtszeit gewählt zu werden. Er würde schwer angeschlagen in den Wahlkampf 2020 gehen. Er versucht deswegen alles, damit seine Republikaner die Zwischenwahlen am 6. November gewinnen, weil er weiß, dass es sonst verdammt eng wird für ihn. Dass es zur Amtsenthebung kommt, glaube ich nicht. Zur Verurteilung im Senat mit einer Zweidrittelmehrheit bräuchten die Demokraten auch die Stimmen etlicher Republikaner. Die gäbe es wohl nur, wenn Trump wegen seiner mutmaßlichen Russland-Connection Hochverrat

vorgeworfen werden würde. Eine normale strafrechtliche Anklage gegen einen amtierenden Präsidenten ist praktisch unmöglich. Aber danach schon.

> **Bringt ihn auch die Verurteilung seines Wahlkampfmanagers Paul Manafort in Bedrängnis?**

Durch das Urteil des Geschworenengerichts aus „normalen“ Bürgerinnen und Bürgern wird Sonderermittler Robert



Dieser Demonstrant in Alexandria teilt offenbar die Ansicht des Gerichts zu Paul Manafort: „Schuldig“ steht auf seinem Plakat. Foto: AFP

Mueller, der wegen mutmaßlicher Absprachen mit Russland ermittelt, politisch erheblich gestärkt. Trump kann nun kaum weiter behaupten, Mueller betreibe eine Hexenjagd auf Trumps frühere Mitarbeiter. Trump kann es sich jetzt nicht mehr leisten, Mueller zu entlassen, ohne viele Republikaner gegen sich aufzubringen.

> **Außenminister Heiko Maas skizziert eine neue US-Strategie der Bundesregierung. Er hielte es für einen Fehler, Trump „auszusitzen“...**

Es wird sich nicht alles zurückdrehen lassen, wenn Trump einmal nicht mehr Präsident ist. Maas' Vorstoß wirft aber viele Fragen auf. Beim Versuch, Deutschland aufzurüsten und den europäischen Nato-Pfeiler zu stärken, stößt er ja schon auf massiven Widerstand in der eigenen Partei. Der deutsche Wehretat bleibt weit von den zwei Prozent entfernt. Nicht nur die

SPD, auch andere Kräfte links der Mitte ziehen ja nicht mit. Die Vorstellung, die Europäer könnten schon bald sicherheitspolitisch unabhängig von den USA werden, ist ein wenig naiv.

> **Hat Maas denn Rückhalt in Europa?**

Nicht bei allen Mitgliedstaaten der EU. Im Gegenteil. Italien und Tschechien sind sehr russlandfreundlich, die Briten treten aus. Europa ist tief gespalten. Dazu hat übrigens die Pipeline Nord Stream II erheblich beigetragen. Natürlich brauchen wir mit den USA eine „balancierte Partnerschaft“, wie es Maas fordert. Aber der Weg dorthin ist weit.

> **Zu Maas' Vorschlägen gehört, ein unabhängiges Zahlungssystem für Europa aufzubauen, etwa um Sanktionen gegen Unternehmen zu verhindern, die mit dem Iran handeln ...**

Auch das hört sich gut an, dauert aber mit der Umsetzung im Falle Iran wahrscheinlich zu lange. Wir sehen, dass sich deutsche Unternehmen schon jetzt aus dem Iran zurückziehen. Überlegungen für ein europäisches Zahlungssystem gibt es seit zwanzig Jahren.

> **Eine echte Kurskorrektur können Sie in Maas' Konzept also nicht erkennen?**

Die entscheidende Frage aus Sicht der Amerikaner ist: Wie halten es die Europäer mit Blick auf China und den indo-asiatischen Raum? Werden sie hier an der Seite der USA stehen, wenn es zu Konflikten über reine Handelsdifferenzen hinaus kommt? Hierzu gibt es von Heiko Maas kein Wort. Eine Strategie gegenüber Asien ist aber eine Grundvoraussetzung, um das transatlantische Verhältnis dauerhaft auf eine neue Grundlage zu stellen.



Martin Thunert.

Foto: privat